



Peter Moser und Regula Gysel

Der Abstimmungssonntag als Wunschkonzert

**Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom
30.11.2008**

Ein Abstimmungstag der Superlative

Elf Vorlagen zu den unterschiedlichsten Themen im Kanton Zürich - das ist wahrscheinlich ziemlich einmalig. Und das Menu war zudem auch noch sehr vielfältig. Am 30. November konnten sich die Bewohner des Kantons Zürich zu zahlreichen Themen äussern - und sie taten es in sehr vielseitiger Art und Weise.

Mit der Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern kam eine Vorlage zur Abstimmung, welche eine konservativ orientierte Verschärfung des Strafrechts forderte. Sie wurde im Kanton Zürich wie auch in der übrigen Schweiz mit einem Ja-Stimmenanteil von 54% angenommen.

Als progressive Liberalisierungsprojekte sozusagen auf der Gegenseite des ideologischen Grabens standen die Hanfinitiative, die mit 43% Ja-Stimmenanteil scheiterte und das Betäubungsmittelgesetz mit seiner liberalen Regelung der Heroinabgabe, dessen klare Annahme (72% Ja-Stimmen im Kanton Zürich) international einiges Aufsehen erregte.¹ Ebenfalls hier eingeordnet werden kann der kantonale Beitritt zum HarmoS-Konkordat, das eine interkantonale Harmonisierung des Volksschulwesens vorsieht, und der mit 62% Ja-Stimmen ebenfalls deutlich befürwortet wurde.

Ordnungspolitisch motiviert war die Initiative für eine Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts. Für eine Schwächung der NGO's im politischen Prozess liessen sich die Zürcher Stimmberechtigten allerdings nicht gewinnen. Der Ja-Stimmenanteil betrug im Kanton Zürich bei dieser Vorlage bloss 38%.

Die Sozialpolitik und die Sozialwerke waren mit der gewerkschaftlichen Initiative für ein flexibles AHV-Alter vertreten, die allerdings wie im Rest der Schweiz auch im Kanton Zürich klar verworfen wurde (39% Ja-Stimmenanteil).

Die finanzpolitische SVP-Initiative, welche sich kategorisch "Schluss mit der Schuldenwirtschaft zulasten unserer Kinder" aufs Banner schrieb und eine Verwendung von

¹ New York Times 1.12.08 "Swiss Vote to Keep Program Giving Addicts Heroin".

windfall-profits (z.B. Nationalbankgewinne) zur Schuldentilgung im kantonalen Budget forderte, hatte ebenso wenig eine Chance wie die verkehrspolitische Vorlage der Zoo-tramverlängerung zur Masoalohalle (27%).

Damit nicht genug: Auch eine wirtschafts- bzw. berufsstandspolitische Thematik blieb den Zürcher Stimmbürgern nicht erspart: Bereits zum dritten Mal nach 2001 und 2003 konnten sie sich zur Medikamentenabgabe durch Ärzte in städtischen Gebieten äussern, die Initiative der Ärztesgesellschaft wurde relativ knapp, mit 54% Ja-Stimmen, angenommen.

Zu guter Letzt stand mit dem neuen Hundegesetz, einem politischen Echo des tragischen Vorfalls von Oberglatt im Jahr 2005, bei dem ein Kindergärtner von einem Pitbull zu Tode gebissen wurde, auch noch ein haustierpolitisches Thema auf der Traktandenliste. Das Zürchervolk entschied sich dabei mehrheitlich (61% Ja-Stimmenanteil) für eine restriktivere Variante der Regelung des Hundewesens - in Zukunft soll die Haltung von Kampfhunden verboten sein.

Reichhaltiges Menu bringt hohe Stimmbeteiligung

So galt, mit Göthens Faust, "Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder geht zufrieden aus dem Haus" - bzw. zur Urne. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass die Stimmbeteiligung mit 51 bis 52% vergleichsweise hoch war. Man muss bis in den September 2006 zurückschauen, um eine ähnlich hohe Stimmbeteiligung zu finden. Damals ging es um so brisante Dinge wie das Asyl- und Ausländerrecht, Themen, die erfahrungsgemäss stark mobilisieren. Ob eine einzelne und wenn ja welche Vorlage am 30.11.2008 eine Zugpferdfunktion hatte und die Leute an die Urne lockte, kann mit unseren Daten nicht gesagt werden. Die Unterschiede in der Stimmbeteiligung der einzelnen Vorlagen sind dazu zu klein.

Politische Landkarte veranschaulicht Abstimmungsverhalten

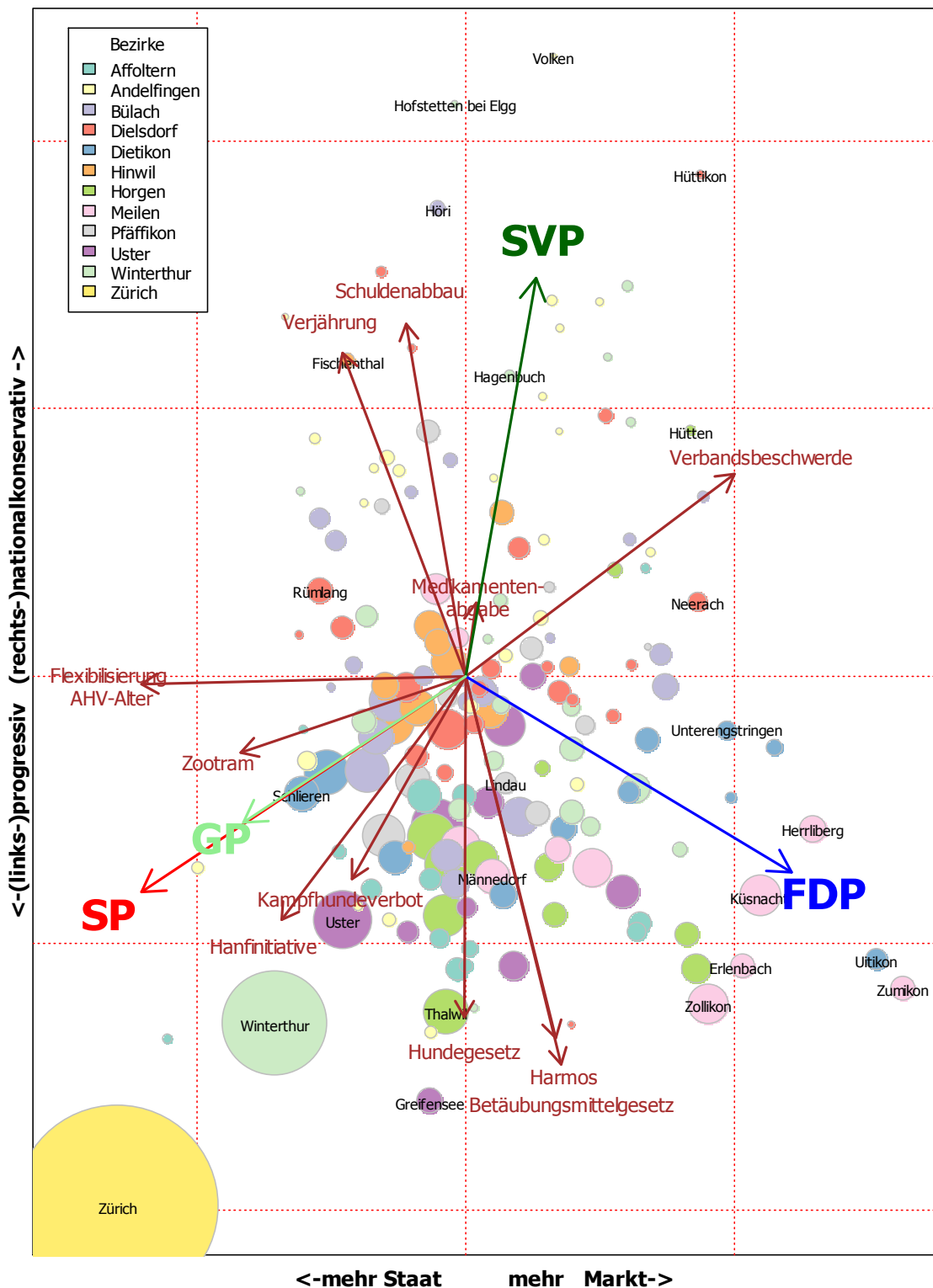
Die grosse Zahl der Abstimmungsgegenstände und deren thematische Vielfalt macht dieses Abstimmungswochenende einerseits für eine Analyse hochinteressant. Andererseits ist diese Überfülle auch ein Problem, da eine detaillierte Diskussion der elf einzelnen Vorlagen etwas repetitiv ausfallen würde. Wir konzentrieren uns deshalb darauf, die Vorlagen im Zusammenhang zu behandeln, Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Zusammenhänge herauszuschälen, und diese auf der Datengrundlage der Gemeinderesultate zu deuten.

Als probates Hilfsmittel zur Ermittlung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Abstimmungsvorlagen erweist sich auch in diesem Fall die politische Landkarte des Kantons Zürich (zur Methode siehe Moser 2005), wenn man sie mit den Informationen des Urnengangs vom 30.11.2008 und den Parteieresultaten der Nationalratswahlen 2007 anreichert.

Die braunen Pfeile in Grafik 1 zeigen auf einen Blick Ähnlichkeiten und Differenzen des Abstimmungsverhaltens bei den verschiedenen Vorlagen, und sie zeigen auch wie dieses sich zu den "ideologischen Hauptachsen" der politischen Landschaft des Kantons verhält. Wichtig für die Interpretation ist sowohl die Richtung wie auch die Länge der Pfeile. Die Pfeilrichtung zeigt einerseits, in welche Richtung der Ja-Stimmenanteil zunimmt. Andererseits gilt: Je länger der Pfeil, desto ausgeprägter ist der Zusammenhang, desto klarer lässt sich eine Abstimmungsvorlage im politisch-ideologischen Koordinatensystem des Kantons Zürich positionieren.

Grafik 1: Abstimmungen und Parteien in der politischen Landschaft des Kantons Zürich

Resultate der Abstimmungen vom 30.11.2008 und der Nationalratswahlen 2007 für die Parteien



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Moser 2005.

Dasselbe wie bei den Abstimmungen haben wir auch mit den Wähleranteilen der drei grossen Parteien gemacht.² Die Interpretation der Parteienpfeile ist dieselbe wie bei den Abstimmungen: In der Pfeilrichtung nimmt der Wähleranteil jeweils zu.

Auf einen Blick sind derart auch die wesentlichen Zusammenhänge zwischen den Ja-Stimmenanteilen der Abstimmungen und den Wähleranteilen der Parteien erkennbar.³ Grafik 1 fasst also eine Fülle von Informationen in einer stark abstrahierten Weise zusammen: Wie ist ihre Metaphorik zu deuten? Bei genauerem Hinsehen können fünf Gruppen von Abstimmungen identifiziert werden:

1. Amerikanisierung des Strafrechts?

Eine erste Gruppe von Abstimmungen, bei denen die Gemeinderesultate stark miteinander korrelieren, bildet die eidgenössische Unverjährbarkeits- und die kantonale "Schluss mit Schuldenwirtschaft"-Initiative. Sie ordnen sich auf Grafik 1 klar ins Spannungsfeld "nationalkonservativ" <> "linksprogressiv" ein, der Pfeil verläuft beinahe senkrecht.

Diese Achse ist auch klar der SVP zugeordnet, deren Wähleranteil von unten nach oben zunimmt. Entsprechend klar ist bei diesen beiden Vorlagen auch der Zusammenhang zwischen dem Ja-Stimmenanteil und dem SVP-Wähleranteilen, sodass man mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen kann, dass der Anteil der Zustimmenden bei diesen beiden Vorlagen unter der SVP-Wählerschaft überdurchschnittlich war.⁴ Zu beiden Vorlagen hat die SVP als einzige der drei grossen (FDP, SVP, und SP) Parteien die Ja-Parole ausgegeben. Hier scheint sich also die SVP-Basis an die Vorgabe gehalten zu haben.

Die Unverjährbarkeitsinitiative hat eine geistige Vorläuferin in der Verwahrungsinitiative, über die 2004 abgestimmt wurde. Auch damals war das Abstimmungsverhalten sehr ähnlich. Diese beiden Abstimmungsvorlagen sind im schweizerischen politischen Kontext ziemlich einzigartig, und dies nicht nur, weil sie angenommen wurden, was bei Volksinitiativen ja recht selten vorkommt. Sondern auch, weil sie offensichtlich durch ausländische, zumal amerikanische Vorbilder eines unerbittlichen Strafrechts inspiriert sind. Sie werden zudem von grass roots Bewegungen wie *marche blanche* und nicht primär durch die etablierten Parteien lanciert. Derartige Vorlagen finden aber bei der nationalkonservativen Wählerschaft der SVP jeweils überdurchschnittliche Zustimmung weil sie mit deren ideologischen Grundhaltung kompatibel sind.

² Der eine oder andere Leser wundert sich vielleicht, weshalb in unseren Abstimmungsanalysen noch immer von den traditionellen drei grossen Parteien die Rede ist, obschon die Grüne Partei nur noch 3 Prozentpunkte weniger Wähler als die FDP hat. Der Grund dafür ist folgender: Die Grundlage einer derartigen Aggregatsdatenanalyse sind regionale Unterschiede in der Verteilung der Parteiwählerschaften, d.h. voneinander unabhängige Varianz in den Wähleranteilen der Parteien. Diese Bedingung ist für SP, SVP und FDP gegeben, die in jeweils unterschiedlichen Gebieten des Kantons ihre "Hochburgen" haben (siehe Moser 2005). Bei der Grünen Partei ist hingegen zum einen die Varianz der Wähleranteile um eine Grössenordnung geringer als bei den drei traditionellen "Grossen": Der Unterschied zwischen dem Maximum und dem Minimum beträgt bloss 12 Prozentpunkte. Bei der SP sind es 23 der FDP 31 und der SVP sogar 43 Prozentpunkte. Zum andern kovariert der Wähleranteil der Grünen auch mit demjenigen der SP relativ ausgeprägt, was bedeutet, dass ein separater "Grüneneffekt" statistisch nicht fassbar ist. Auf Grafik 1 ist dies daran zu erkennen, dass die beiden Pfeile übereinander liegen.

³ Die Pfeile und ihre Länge sind ein grafisches Hilfsmittel zur Veranschaulichung der Korrelationsstruktur, die zwischen den Achsen der politischen Landkarte und den Abstimmungs- bzw. Wahlergebnissen bestehen. Sie sind in der R-Library "vegan" implementiert. Dieselbe Information ist im übrigen auch in Grafik 2 enthalten.

⁴ Der Durchschnitt, der bei dieser Aussage die Bezugsgrösse bildet, entspricht in etwa dem kantonalen Ja-Stimmenanteil. Wir sagen mit Absicht nicht mehrheitlich. Denn so genau wissen wir das nicht.

2. Uneinigkeit unter den Bürgerlichen? das Verbandsbeschwerderecht

Der Pfeil bei der eidgenössischen Initiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts zeigt nach "Nordosten", d.h. genau in die Gegenrichtung des SP- bzw. GP-Pfeils. Der Ja-Stimmenanteil bei dieser Initiative korreliert entsprechend stark negativ mit dem SP-Wähleranteil. Man kann deshalb davon ausgehen, dass der Anteil der Gegner dieser Initiative in der linksgrünen Wählerschaft überdurchschnittlich hoch war, was angesichts des Abstimmungsgegenstands und der Parole der Grünen und der SP auch nicht erstaunt.

Wie steht es bei den Parteigängern rechts der Mitte? Von einer deutlichen, durch die Richtung des Pfeils angedeuteten Tendenz zu überdurchschnittlicher Zustimmung kann man bei der SVP-Wählerschaft ausgehen. Die SVP hat hier ja auch die Ja-Parole ausgegeben. Bei der FDP ist hingegen kaum ein Zusammenhang festzustellen, was auch daran erkennbar ist, dass die Ja-Stimmenanteile an der Goldküste, der Hochburg der FDP, nicht überdurchschnittlich waren. Dies obschon die Initiative ursprünglich von der Zürcher FDP bzw. deren rechtem Flügel lanciert wurde. Man mag darin, nach den Wahlen des vergangenen Jahres, einen weiteren Hinweis dafür sehen, dass der SVP-nahe Kurs der (ehemaligen) Parteileitung der Zürcher FDP bei der Stammwählerschaft wenig Anklang findet.

3. Heterogene Gruppe von progressiven Vorlagen

Eine weitere, allerdings ziemlich heterogene Gruppe von Abstimmungen bildet das Gegenstück zur ersten Gruppe. Auch sie stehen im Spannungsfeld "nationalkonservativ" <> "linksprogressiv", aber genau in umgekehrter Richtung. Die Spannweite ist dabei relativ breit. Der Beitritt zum Harnos-Konkordat und das Betäubungsmittelgesetz aber auch das Hundegesetz fanden bei FDP- wie SP-Wählern überdurchschnittlich Anklang. Das Kampfhundeverbot und die Hanfinitiative sind dagegen viel stärker mit der SP assoziiert, obschon bei der Hanfinitiative nicht nur die SP sondern auch die FDP die Ja-Parole herausgab.

4. AHV-Flexibilisierung - klassische Sozialpolitik

Ganz klar ungeniessbar für FDP-Wähler war dann schliesslich die in der Küche der Gewerkschaften zubereitete Initiative für ein flexibles AHV-Alter. Bei dieser sozialpolitischen Vorlage trennen sich die Wege der SP- und FDP-Wählerschaften, die sich am selben Tag bei gesellschaftlich progressiven Vorhaben - Harnos-Konkordat, Betäubungsgesetz - durchaus finden können. Das flexible AHV-Alter ist auch jener Gegenstand, der am klarsten der Achse "mehr Staat" <> "weniger Staat" in der politischen Landkarte zugeordnet werden kann. Die Korrelationen legen nahe, dass SP-Wähler dieser Vorlage in überdurchschnittlicher Masse zugestimmt haben, während in der FDP-Wählerschaft die Zustimmung höchstwahrscheinlich klar unterdurchschnittlich war.

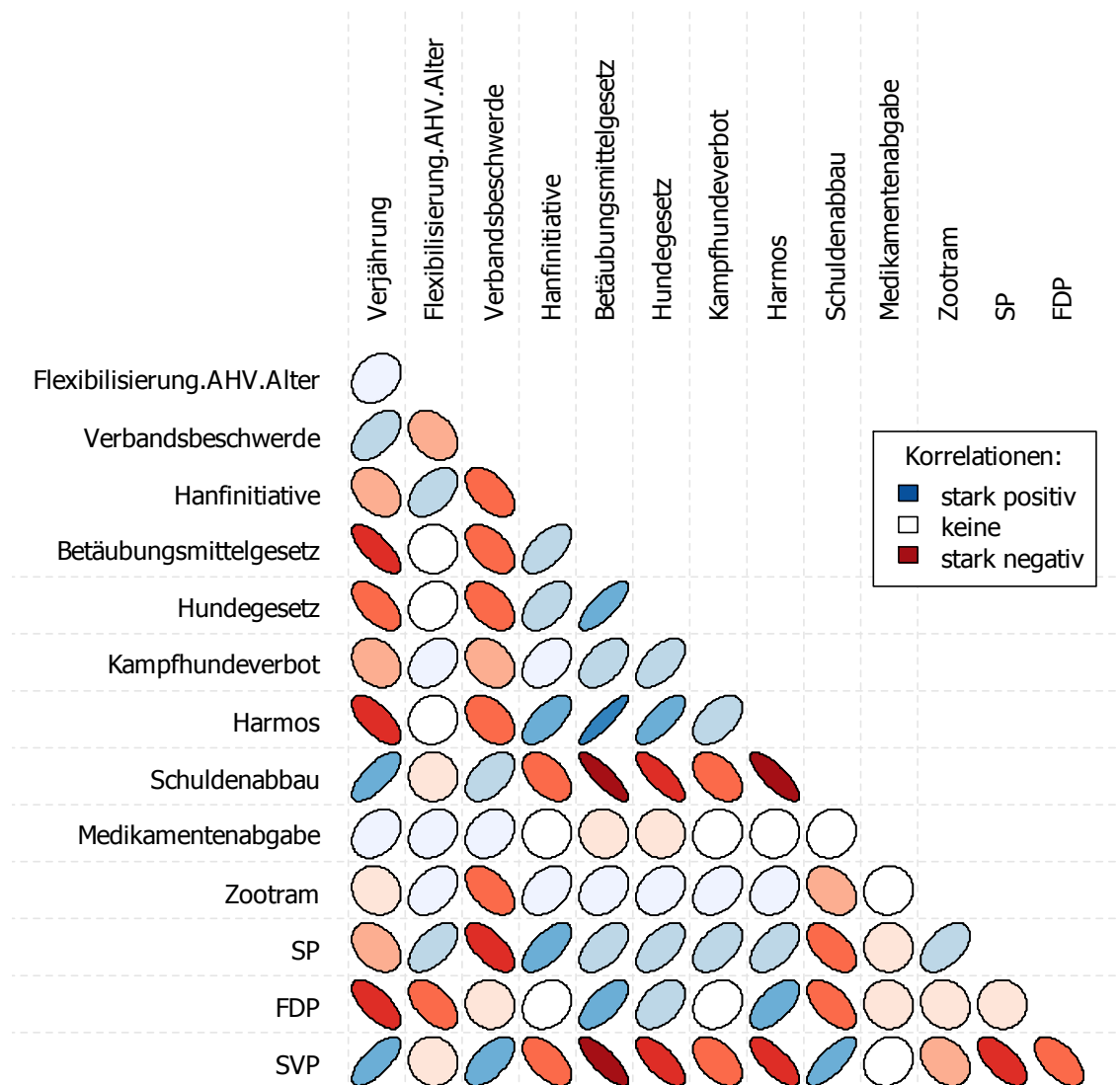
Interessant ist bei dieser sozialpolitischen Vorlage, dass - trotz klarer Nein-Parole der SVP Leitung - kein negativer Zusammenhang mit dem SVP-Wähleranteil besteht, obschon sich SP und SVP mehr oder weniger diametral gegenüberstehen, wie dies ja auch in Grafik 1 zum Ausdruck kommt. Dies legt nahe, dass die SVP-Wählerschaft dieser Vorlage nicht ablehnend, sondern indifferent gegenüberstand. Dies bestätigt die Vermutung, dass es zwischen den Basen der SP und der SVP, wenn es um die Sozialwerke geht, durchaus Berührungspunkte gibt (Moser 2005), wenn wahrscheinlich auch aus etwas unterschiedlichen Motiven, die sich mit der unterschiedlichen Sozialstruktur der Wähler der beiden Parteien begründen lassen. Befürwortet die materiell verhältnismässig gut gestellte SP-Wählerschaft den Ausbau der Sozialwerke eher aus ideologischen Gründen, so steht hinter der mangelnden Parolentreue der SVP-Wählerschaft vielleicht eher die Erwartung, dass man als Mitglied der "Büezer"-Klasse einmal darauf angewiesen sein könnte.

5. Zootram und Medikamentenabgabe - schwacher Ideologiebezug

Die Resultate der Abstimmung über die Verlängerung des Zootrams lassen, wohl wegen der Ja-Parole der SP und der Grünen, ein ähnliches Verhaltensmuster vermuten wie bei der AHV-Initiative. Wobei der deutlich kürzere Pfeil darauf hinweist, dass die Zusammenhänge viel schwächer, d.h. am unteren Rand des in einer derartigen Aggregatsdatenanalyse noch sinnvoll Interpretierbaren sind. In noch viel stärkerem Masse gilt dies für die Resultate der Vorlage zur Wahlfreiheit beim Medikamentenbezug, dem ewigen Wiedergängerthema der Zürcher Politik. Im Rahmen unseres primär politisch-ideologisch ausgerichteten Interpretationsrasters lässt sich zu einer derartigen Abstimmung keine sinnvolle Aussage machen.

Wie stets bei Aggregatsdatenanalysen ist vor Überinterpretationen zu warnen. Jede Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene muss damit rechnen, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy" zu tappen, da das individuelle Abstimmungsverhalten unter diesen Bedingungen nur näherungsweise rekonstruiert werden kann, wenn Annahmen getroffen werden, die zwar plausibel, sind, sich mit diesem Datenmaterial aber nicht direkt belegen lassen. Nur eine demoskopische Nachbefragung kann letztlich zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse als begründete Mutmassung bis zum Widerruf durch eine bessere Datengrundlage brauchbar - wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden im Wesentlichen meist übereinstimmen. (siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen anhand eines Vergleichs von Aggregats- und Befragungsdaten zu den Ständeratswahlen 2007 in Moser 2008).

Grafik 2: Zusammenhänge zwischen den Abstimmungsresultaten vom 30.11.08 und den Wähleranteilen von SP, FDP und SVP



Grafik, Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Lesehilfe: Die Ellipsen basieren auf den Korrelationskoeffizienten und zeigen, wie die gemeindeweisen Ja-Stimmenanteile der Abstimmungen untereinander und mit den Wähleranteilen der Parteien bei den Nationalratswahlen 2007 zusammenhängen. Zwei Aspekte lassen sich aus den Ellipsen herauslesen:

- 1.) Richtung des Zusammenhangs: Die Farbe und die Ausrichtung der Ellipse zeigt ob ein positiver (blau) oder negativer (rot) Zusammenhang besteht. Beispiel: Je höher der SVP-Wähleranteil in einer Gemeinde, desto höher war der Ja-Stimmenanteil für die Unverjährbarkeitsinitiative (blau) und desto niedriger jener für das Betäubungsmittelgesetz (rot) (Unterste Zeile, 1. und 5. Spalte).
- 2.) Intensität des Zusammenhangs bzw. der Korrelation: Je intensiver die Farbe und je "linsenförmiger" die Ellipse desto stärker der Zusammenhang. Beispiel: Der (negative) Zusammenhang zwischen dem Ja-Stimmenanteil für das Betäubungsmittelgesetz und dem SVP-Wähleranteil ist sehr ausgeprägt; man kann deshalb annehmen, dass die Zustimmung für diese Vorlage unter der SVP-Wählerschaft klar unterdurchschnittlich war. Bei der AHV-Flexibilisierungsinitiative ist hingegen kein statistischer Zusammenhang des Resultats mit dem SVP-Wähleranteil vorhanden (unterste Zeile, 2. und 5. Spalte).

Literatur

Moser, Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 - eine Nachlese. Aggregats- und Befragungsdaten im Vergleich. (statistik.info 04/08). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich - eine Synthese. (statistik.info 15/2005) Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe "statistik.info" analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Unser monatlicher Newsletter "NewsStat" und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Dr. Peter Moser
Telefon: 044 225 12 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich

Telefon: 044 225 12 00
Fax: 044 225 12 99

E-Mail: datashop@statistik.ji.zh.ch

www.statistik.zh.ch